

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

Bonn, den 6. Juni 1962

P/ZVEII/118

Wie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
2	<u>Lebensfähig - nur als Teil der Bundesrepublik</u> Zum Jahresbericht '61 der Landeszentralbank Berlin Von Senator Klaus Schütz Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund	66
3	<u>Einsichten</u> Schröder und die deutsche Ostpolitik	21
3	<u>Unqualifiziert</u> Der Bundeswirtschaftsminister und die Gewerkschaften	27
4	<u>Die Glosse:</u> <u>Zufall oder Absicht?</u> Führerscheinentzug wegen hohen Alters Seebahn auf dem Abstellgleis	47
5	<u>Das Gemeinsame überweg</u> Einigung in Dänemark über Konjunkturpolitik Von unserem Korrespondenten in Skandinavien Adolph Rasten	46
6 - 7	<u>Durchsichtiges Manöver</u> Finanzreform - auf die lange Bank geschoben Von unserem finanzpolitischen Mitarbeiter	57
	* * *	
	* * *	

Chefredakteur Günter Markscheffel

6. Juni 1962

Lebensfähig - nur als Teil der Bundesrepublik

Von Senator Klaus Schütz
Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund

Die Einschmelzung des freien Teils von Berlin in das Rechts-, Währungs-, Finanz- und Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland ist eine Realität. Niemand darf sich darüber hinwegsetzen, wenn Berlin nicht Schaden nehmen soll.

Mit besonderer Vordringlichkeit beschäftigt den neuen Jahresbericht der Berliner Landeszentralbank diese Frage: auf welchen Fundamenten beruht die Lebensfähigkeit des freien Teiles von Berlin? Wo liegt der Grund für die Widerstandskraft der Berliner Wirtschaft und der Bevölkerung von Berlin?

In der Tat: Wer immer sich mit dem "Berlin-Problem" beschäftigt, muss sich die längst vollzogene Einschmelzung des Landes Berlin in die grosse Gebietskörperschaft der Bundesrepublik Deutschland vor Augen halten. Die Tatsachen sprechen eine eindeutige Sprache: Berlin ist Teil der Bundesrepublik Deutschland; Berlin ist nur als ein Teil des freien Deutschlands lebensfähig.

Die Eingliederung Berlins in die westdeutsche Wirtschaft hat nach den Spielregeln des freien Wettbewerbs zu einer weitgehenden Arbeitsteilung geführt. Der Absatz westdeutscher Waren auf dem Berliner Binnenmarkt ist anteilmässig immer stärker gestiegen. Der Absatz von Waren aus Berlin selbst ist umgekehrt in Westdeutschland beachtlich gesteigert worden.

Die Arbeitsveilung heute geht so weit, dass die Berliner Industrie zu zwei Dritteln ihres Produktionsprogrammes und ihrer Kapazität auf die Bedürfnisse ihrer westdeutschen Kundschaft eingerichtet ist. Andererseits wird der Berliner Bedarf an industriellen Erzeugnissen sogar zu drei Vierteln von westdeutschen Lieferanten befriedigt.

Nach der Einschmelzung der Berliner in die westdeutsche Wirtschaft konnten sich auch in Berlin die gleichen konjunkturellen Triebkräfte durchsetzen. Wie die Entwicklung in dem grösseren "Regionalgebiet Westdeutschland" bezeugen. Wie im übrigen Bundesgebiet ist daher auch in Berlin der Aufholseingang der verarbeitenden Industrie von 1956 auf 1961 um rd. 50 v.H. gestiegen.

Gemessen am jeweiligen Sozialprodukt war der Zahlungsverkehr West-Berlins mit der "Aussenwelt" rund fünfmal so gross wie der Auslands-

6. Juni 1962

Verkehrsverkehr der gesamten Bundesrepublik. Diese Relation macht Übergangend klar: beim Wirtschaftsverkehr Berlins mit dem übrigen Bundesgebiet handelt es sich nicht um "ausenwirtschaftliche" Beziehungen, wie sie ein selbständiges Wirtschaftsgebiet mit anderen Wirtschaftskörpern unterhält. Das sind in der Tat "binnenwirtschaftliche" Beziehungen. Es ist die höchste intensive Verflechtung zweier Räume e i n e r in sich geschlossener Volkswirtschaft.

Die Einschmelzung der Berliner Wirtschaft in die Wirtschaft der Bundesrepublik hat indes die Stadt noch nicht lebensfähig gemacht. Die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten erfordern laufend eine finanzielle Hilfe des Bundes. Es steht ausser jeder Diskussion: diese Leistungen des Bundes gehen über die Leistungen an andere Bundesländer weit hinaus.

Die rechtlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet sind durch deutsche Gesetze geregelt. Das ist eine Realität. Diese Beziehungen können und dürfen nicht gelockert werden. Die wirtschaftliche Entwicklung im allgemeinen und die des Geld- und Kreditwesens im besonderen ist selbst nach dem 13. August stabil geblieben. Allerdings: die Gelassenheit der Wirtschaft und das Beharrungsvermögen der Bevölkerung sollten nicht als dauernd unerschütterlich angesehen werden.

Bei dem gegenwärtigen Zustand kann es auf keinen Fall bleiben. Es genügt nicht, den erreichten Standard Berlins durch wirtschaftliche Maßnahmen zu stützen und zu stärken. Nicht nur die Wirtschaftspolitik, auch die allgemeine Politik muss sichtbar für die Zukunft Berlins wirken. Ein politischer Stillstand würde nach aller Erfahrung über kurz oder lang eine wirtschaftliche Stagnation nach sich ziehen.

Berlins Zukunft liegt zu einem Teil in seiner Funktion als Industriezentrum, zu einem anderen Teil in seiner Funktion als Kulturzentrum. In erster Linie aber liegt seine Zukunft in der Funktion als Hauptstadt eines wiederzuvereinigenen Deutschland. Alle Handlungen und Überlegungen müssen auf dieses Hauptziel hingelerichtet sein. Sie dürfen nicht von ihm weg führen. Alle Handlungen und Überlegungen müssen darauf gerichtet sein, der Wirtschaft und der Bevölkerung Berlins Ausdauer, Mut und Initiative - kurz: Zukunftszuversicht - zu geben.

+ + +

Einsichten

ler - Unser Verhältnis zum Westen ist gesichert und geklärt. Wie steht es aber mit den Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn? Sie aus der gegenwärtigen Erstarrung herauszulösen, bleibt eine Kardinalaufgabe deutscher Politik. Manche Chancen blieben, so lange von Brentano in der Koblenzer Straße residierte, ungenutzt; die seinerzeitigen Enthüllungen des Krupp-Svollmächtigten Beitz über die Hintergründe seiner Reise nach Polen sprengen Bände. Wird es nun unter Schröder besser werden? Seine Rede vor einem Arbeitskreis der CDU anlässlich ihres Parteitages in Dortmund lässt dies hoffen. Auch Schröder weiss von den unendlichen Schwierigkeiten eines deutsch-polnischen Dialogs, und er weiss auch, dass sich hochgestellte Ziele nicht jetzt und wahrscheinlich lange Zeit noch nicht verwirklichen lassen. Man muss, trotz aller Widerstände, klein anfangen, muss mögliche Ansätze einer Annäherung sorgfältig prüfen, und wenn dies auf dem Wege über einen verstärkten Wirtschaftsaustausch zwischen uns und den osteuropäischen Völkern geschehen kann, soll man ihn begehnen. Der Beginn eines Anfangs zum Rückenschlag wäre u.a. auch ein deutsch-polnischer Kulturaustausch. Außenminister Schröder scheint, liest man seine Rede genau nach, all dies in seinem Blickfeld zu haben. Sie enthält Einsichten, die viele teilen. Nicht zuletzt die mit uns Verbündeten. Sie erwarten eigene deutsche Anstrengungen, das Verhältnis zu Polen aufzulockern. Nur wir können es tun, niemand andere.

+ + +

Unqualifiziert

sp - Mit allem Nachdruck hat sich der DGB gegen die Angriffe des Bundeswirtschaftsministers Erhard auf dem Dortmunder Parteitag der CDU verteidigt. Hier ging Erhard, von dem man weiss, dass er keine sonderlichen Sympathien für die Gewerkschaften hegt, entschieden zu weit. Ein Satz wie dieser, er könne sich des Eindrucks nicht erwehren,

"als ob es den bewusst klassenkämpferischen Kräften in diesem Lager (gemeint sind Gewerkschaften und SPD), die auch öffentlich aus ihrer Haltung keinen Hehl machen, nicht zuletzt darum ginge, die innere Ordnung und Stabilität zu stören, Unruhe und Unsicherheit zu erzeugen, ja selbst Schäden und Nachteile für den Arbeitnehmer hinzunehmen, um daraus Waffen gegen unsere Gesellschaftsordnung zu schmieden",

enthält eine erschreckende Einstellung zu einem der wichtigsten Eräger unseres Staates. Dieser Satz war keine rocherische Entgleisung, er ist in dem wohl vorbereiteten Manuskript enthalten. Er unterstellt Teilen der Gewerkschaften revolutionäre, gegen unseren Staat gerichtete Umsturzpläne. Dieser erblose Angriff eines Ministers und möglichen Kanzlernachfolgers gegen große Teile der organisierten Arbeitnehmer erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem die Gewerkschaften selbst im Abwehrkampf gegen kommunistische Infiltrierung stehen. Wenn heute die Masse der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik immun ist gegen totalitäre Anfechtungen aller Art, dann verdanken wir es mit den Gewerkschaften, wenn die gleiche Bundesrepublik unter den europäischen Ländern das Land mit den wenigsten Streiks ist, dann ist dies ebenfalls das Verdienst jener Organisation, für die ein Erhard nur Schmähungen hat. Weiss Erhard nicht, dass er sich hier in Gesellschaft eines Ulbricht befindet? Will Erhard eine antidemokratische, gegen die Gewerkschaften gerichtete Grundstimmung erzeugen? Wenn er das will, dann spielt er mit dem Feuer.

+ + +

Die Glosse:

Zufall oder Absicht?

Führerscheinentzug wegen hohen Alters - Seeborn auf dem Abstellgleis

sp. - Die in Köln erscheinende "Deutsche Zeitung" ist bekanntlich ein Blatt, das sich stets bemüht, die Politik der Herrn Bundeskanzlers und seiner CDU zu rechtfertigen. Zeitungen haben es jedoch in sich und Journalisten sind "Leute", die nach dem Urteil des Herrn Bundeskanzlers nicht nur das Gras wachsen hören, sondern häufig auch "janz falsch berichten".

Bisher meinte der Herr Bundeskanzler natürlich nicht die Journalisten von der ihm so teuer gewordenen "Deutschen Zeitung". Seit Mittwoch dieser Woche jedoch soll er auch auf die Kollegen dieses Blattes böse sein, besonders auf den Chef vom Dienst und den Umbruchredakteur.

Der alte Herr hat allen Grund dazu. Die "Deutsche Zeitung" vom 6. Juni 1962 veröffentlicht auf der ersten Seite, sofort neben dem ersehnten Bericht unter der Überschrift

"Die CDU steht hinter Adenauer",
ihre dpa-Meldung mit der Überschrift

"Hohes Alter ist ein Grund für Führerscheinentzug".

Der Leser des Parteitagberichts, in dem die Wiederwahl des Bundeskanzlers zum Parteivorsitzenden recht anschaulich dargestellt wird, kann nicht umhin, auch die Meldung über den Führerscheinentzug wegen hohen Alters zu lesen. Er vernimmt, das Oberverwaltungsgericht in Berlin habe nunmehr gerichtsnotorisch festgestellt, - und zwar auf Grund eines psychiatrischen Gutachtens - daß ein 78 Jahre alter Herr nicht mehr allein am Steuer seines Wagens in der Gegend herumfahren dürfe. Das öffentliche Interesse, so heißt es in der Entscheidung, der Mann von der Fahrerlaubnis auszuschließen, sei wichtiger als dessen Privatinteressen.

"Da sich' mal einer an! Was sind doch die Berliner für Kerle. Dort las sie ein 78 Jahre alter Herr nicht einmal Auto fahren, während in Dortmund eines 86-Jährigen bestätigt wird, daß er nicht nur eine große Partei, sondern sogar einen ganzen Staat führen könne.

Recht hat der Herr Bundeskanzler, wenn er auf die Redakteure der "Deutschen Zeitung" böse ist; die hätten ja nur wirklich nicht ausgeguckt auf die Meldung von Führerscheinentzug auf die erste Seite neben die Wahl von Adenauers zum Parteivorsitzenden stellen müssen. So etwas tut man nicht!

+ + +

Überhaupt scheint seit einiger Zeit bei der "Deutschen Zeitung" etwas nicht zu stimmen. Der Zufall - oder die Absicht? - will es, daß auf der dritten Seite der gleichen Ausgabe ganz ernsthaft gemeldet wird, der Herr Bundesverkehrsminister Dr. Seeborn habe sich zwecks Vorbereitung des Süddeutschen Tages mit samt seinem Salonwagen auf ein Abstellgleis des Frankfurter Hauptbahnhofes schieben lassen. Dort will sich der Herr Seeborn eine Woche lang ungestört auf die großen Reden vorbereiten, die er während der Pfingstfeiertage in Frankfurt zu halten gedenkt. Natürlich kann die "Deutsche Zeitung" nichts dafür, daß sich Herr Seeborn auf ein Abstellgleis schieben läßt, aber dies auch noch ganz ernsthaft unter der Rubrik "Prominente" zu melden, ist ja doch wohl etwas happig.

Da soll sich einer noch auskennen mit diesen Journalisten!

- - +

Das Gemeinsame überwog

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Erleichterung und relative Zufriedenheit kennzeichnen fast sämtliche dänische Zeitungsberichterstattungen zum grossen Vergleich zwischen den beiden Regierungsparteien - Sozialdemokraten und Liberale - und den beiden grossen "alten" Oppositionsparteien - die Bauernpartei Venstre und die konservative Partei - über eine gemeinsame Konjunkturpolitik. Wenn alles geht, wie man es sich in Regierungskreisen vorstellt, sollte die konjunkturpolitische Einigung auch bedeuten, dass Dänemark nunmehr politisch und wirtschaftlich zwei Jahre der Ruhe und Besonnenheit entgegensehen kann, d.h., dass Regierung und Folketing die gegenwärtige Legislaturperiode auf normale Weise "absitzen" können.

Die konjunkturpolitische Einigung ist zustande gekommen nach einem bis zur letzten Minute verbissenen Kampf zwischen der sozialdemokratischen Partei und der konservativen Volkspartei. Da aber ein politischer Burgfrieden im gegenwärtigen Zeitpunkt von grösster Bedeutung ist, haben die beiden Regierungsparteien sich dem Wunsch der Oppositionsparteien, dass die Umsatzsteuer - Kernpunkt der Vereinbarungen - im Grosshandelsglied erhoben werden soll, gebeugt. Der Engros-Handels-Oms in Höhe von 9 Prozent tritt am 1. August in Kraft. Ein Einzelhandels-Oms von 5 Prozent, wie die Regierungsparteien vorschlugen, würde dem Staat mehr Geld gegeben haben und hätte sich auch weniger kompliziert verwalten lassen. Aber die Oppositionsparteien hatten den Grosshandels-Oms zur Prestigefrage gemacht, und dabei blieb es. Darüber hinaus müssen die Dänen erhöhte Abgaben zahlen für Bier, Spirituosen und Zigaretten, das klassische und augenscheinlich noch nicht völlig ausgeschlachtetete Steuerobjekt in Dänemark. Insgesamt bedeuten die verschiedenen konjunkturpolitischen Massnahmen im gegenwärtigen Finanzjahr Mehreinnahmen in Höhe von 500 Millionen Kronen, die zur Ableistung von Staatsschulden an der Nationalbank verwendet werden sollen.

Im nächsten Jahr soll die Umsatzsteuer 900 Millionen Kronen einbringen, womit eine Erleichterung der direkten Steuer durchgeführt werden soll als erste Stufe einer allgemeinen Steuerreform. Im Zuge der gemeinsamen Konjunkturpolitik werden unter anderem sämtliche öffentlichen Bau- und Investitionsanlagen sowie auch eine Reihe private Bauvorhaben mit Einschränkungen belegt, um der inflationistischen Konjunktur und dem Devisenschwund Einhalt zu gebieten. Durch erhöhte Kindergelder und einige andere Massnahmen sollen die am ungünstigsten gestellten Bürger eine Kompensation erhalten.

Die Einigung zwischen Regierung und Opposition in einer Zeit, die nach Gemeinsamkeit ruft, wird von allen als das bedeutungsvollste innenpolitische Ereignis seit vielen Jahren bewertet. Das ist ein erfreuliches Zeichen des Verantwortungsgefühls in einem Augenblick, der viele Probleme und Schwierigkeiten sowohl innen- wie aussen- und wirtschaftspolitischer Natur aufwirft. Dies ist der erste wirklich grosse politische Vergleich seit der Korea-Krise im Jahre 1951, und er wird die Grundlage sein für eine "querpolitische" Zusammenarbeit in Fragen des Anschlusses Dänemarks an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Durchsichtiges Manöver

Von unserem finanzpolitischen Mitarbeiter

In seiner ersten und bisher einzigen Etatrede hat Bundesfinanzminister Dr. Starke im März der Öffentlichkeit Kenntnis gegeben von dem Beschluß des Bundeskabinetts, einen Finanzplan aufzustellen, um sich einen Überblick über die voraussichtliche Entwicklung der Bundesausgaben zu verschaffen. Diese Übersicht über die voraussichtlichen finanzieller Anforderungen an die Bundeshaushalte 1962 bis 1964 - zusammen mit der Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung der Einnahmensollte die Grundlage bilden für die Entscheidung, welche Maßnahmen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Bundes vorrangig durchzuführen und welche Vorhaben zurückzustellen sind oder zu unterbleiben haben.

Abgesehen von dem merkwürdigen Verfahren, sich erst nach der Verkündung des Regierungsprogramms Gedanken darüber zu machen, was man der Bevölkerung versprochen hat und wie das alles finanziert werden soll - ist die Ankündigung eines Finanzplans allgemein begrüßt worden. Darin konnte immerhin ein Fortschritt gegenüber den früheren Regierungsperioden gesehen werden. Es erschien auch tröstlich, daß sich die Bundesregierung wenigstens nachträglich aufraffen wollte, der Öffentlichkeit zu sagen, wie sie sich die Durchführung und die Finanzierung der in der Regierungserklärung proklamierten Programme denkt. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß es Bundesfinanzminister Dr. Starke war, der den Finanzplan anregte.

Inzwischen ist der Bundeshaushalt 1962 verabschiedet, an der Aufstellung des Vorschlages 1963 wird bereits mit Hochdruck gearbeitet, aber ganz offensichtlich ohne eine längerfristige Planung. Niemand wird ernsthaft behaupten wollen, daß sich eine solche Planung etwa nicht durchführen lasse. Die SPD hat in ihrem Regierungsprogramm den Weg gewiesen; sie hat nicht nur ein Ausgabenprogramm aufgestellt, sie hat auch gleichzeitig der Bevölkerung aufgezeigt, wie diese Ausgaben finanziert werden sollen. Wenn die Regierung jetzt verschweigt, in welchem Tempo und mit welchen Mitteln sie ihre Programm durchführen will, dann muß schon eine bestimmte Absicht vorhanden sein.

Ein sehr nahe liegender Grund könnten die Landtagswahlen der nächsten Monate in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und Berlin sein. Die Bevölkerung soll möglichst im Unklaren darüber gelassen werden, welche Kosten sie in Zukunft zu erwarten hat. Nur in sehr allgemeiner Form wird zur Zeit auf die ernste Haushaltslage und auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich der Durchführung der Aufgaben entgegenstellen. Daneben wird die Bevölkerung und besonders der Verbraucher zum Maßhalten ermahnt.

Von einem Finanzplan wird schon lange nicht mehr gesprochen. Ein solcher Plan könnte nämlich offenbar werden lassen, daß die Bundesregierung neue Steuern erheben muß, um auch nur Teile ihres Regierungsprogramms zu verwirklichen. Die Wähler könnten von derartigen Aussichten unangenehm berührt werden.

Unter diesen Umständen wird auch verständlich, warum die Bundesregierung die Finanzreform so zögerlich behandelt und auch keine Anstalten trifft, die gesetzliche Grundlage für eine Änderung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zugunsten des Bundes zu schaffen. In beiden Fällen müßte nämlich die Bundesregierung die Karten auf den Tisch legen und angeben, mit welchen Ausgaben sie in den nächsten Jahren rechnet. Sowohl für eine Änderung der Finanzverfassung als auch des Beteiligungsverhältnisses an der Einkommen- und Körperschaftsteuer müssen die Haushaltsplanungen für mehrere Jahre im Voraus in großen Zügen festgelegt werden. Diesen Schleier möchte aber die Bundesregierung auf keinen Fall so kurz vor den Landtagswahlen liften. Das Unangenehme soll der Bevölkerung erst nach den Wahlen beigebracht werden.